

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:  
Kriegsblatt Nr. 20.  
Herausg. Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen behördlich bestelltes Blatt.

Verlagsstelle:  
Riesa 1524.  
Herausg. Nr. 22.  
Postfach Nr. 22.

Nr. 220.

Dienstag, 20. September 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile 6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Mastzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitdauer und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Beiläufiger Rabatt 25%, wenn der Betrag vorläufig durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Tägliches Unterhaltungsbeilage „Spiegel am Abend“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Rieger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Neuer deutscher Abrüstungsvorschlag in Genf.

Ein Entschließungsantrag Bernstorffs im Abrüstungsausschuß.

Annahme des polnischen Antrags im Abrüstungsausschuß.

Genf, 19. September. Im Abrüstungsausschuß wurde heute vormittag der polnische Antrag zur Disamierung des Angarischen Krieges nach kurzer Aussprache auf Vorschlag des Grafen Bernstorff sowie der Vertreter Frankreichs, Italiens, Finnlands und anderer Staaten durch Abstimmung einstimmig und unverändert angenommen.

Im weiteren Verlauf hielt Graf Bernstorff eine längere Rede, in der er den von Paul-Boncour am letzten Freitag eingebrachten Entschließungsantrag behandelte und die genaue Trennung zwischen den technischen Vorbereitungsarbeiten für die Abrüstungskonferenz und der Prüfung der Sicherheitsfrage verlangte. Schließlich brachte Graf Bernstorff eine Entschließung ein, in der unter Berufung auf eine Entschließung der vorjährigen Völkerbundversammlung in Bezug auf Einberufung einer Abrüstungskonferenz gefordert wird, daß der vorbereitende Abrüstungsausschuß die technischen Arbeiten derart beschleunigt, daß die Abrüstungskonferenz noch vor der nächsten Völkerbundversammlung einberufen werden kann.

Der deutsche Entschließungsantrag zur Abrüstungsfrage. Genf, 19. September. Zur Begründung seines heute vormittag im Abrüstungsausschuß eingebrachten Entschließungsantrags führte

### Graf Bernstorff

folgendes aus: Wir dürfen die gerade Linie nicht verlassen, die sich aus den bisherigen Arbeiten des Völkerbundes auf diesem Gebiete ergibt. Diese gerade Linie ist gegeben durch die Resolutionen der Völkerbundversammlung. Ich verweise auf eine neue Darlegung, welche Wandlungen man dem ursprünglichen und ganz klaren Gedanken der Sicherheit durch Abrüstung zu geben versucht hat. Ich greife zurück bis zum Jahre 1923. Es ist richtig, daß die Völkerbundversammlung damals gelang, die technischen Vorbereitungen für eine allgemeine Abrüstungskonferenz so zu fördern, daß die Konferenz selbst einberufen werden konnte, sobald vom Gesichtspunkt der allgemeinen Sicherheit zufriedenstellende Verhältnisse gewährleistet sind.

Dieser Zeitpunkt war inzwischen gekommen. Das Vertragswerk von Locarno ist seitdem geschaffen worden; die Initiative dazu lag bei Deutschland. Von allen Seiten hat die Völkerbundversammlung des vorigen Jahres die Verträge von Locarno als einen eminenten wichtigen Schritt auf dem Wege zur Organisation des Friedens bezeichnet. Der französische Vertreter im dritten Ausschuss war so durchdrungen von diesem Fortschritt, daß er damals dort folgendes ausführte: „Es ist ein Geist der Entspannung in einem großen Teil Europas entstanden, die Verträge von Locarno sind in Kraft getreten und Deutschland sitzt im Völkerbund. Eine Gelegenheit, die sich vielleicht nicht mehr wiederholt, daß man sich nicht entziehen lassen.“ Er wünschte durchaus, das Datum für eine allgemeine Abrüstungskonferenz für das Jahr 1927 zu fixieren. Paul-Boncour meinte damals, es sei zu befürchten, daß, wenn das Datum der Abrüstungskonferenz nicht festgelegt werde, ihr Zustandekommen selbst in Frage gestellt bleibe. Er brachte damals im dritten Ausschuss die Entschließung ein, daß diese allgemeine Abrüstungskonferenz 1927 unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Standes der regionalen und allgemeinen Sicherheit stattfinden sollte. Die Resolution der letztjährigen Völkerbundversammlung ist unerfüllt geblieben. Nicht einmal der vorbereitende Abrüstungsausschuß hat seine Vorbereitungen beendet, und man ärgert sogar, den vorbereitenden Ausschuss zu dem festgesetzten Zeitpunkt seine Arbeiten fortsetzen zu lassen.

Ebenso wie für die Sicherheit viel geschehen ist, hat man auch für die Schiedsgerichtsbarkeit viel getan. Ich will davon absehen, im einzelnen das Recht der Schiedsgerichtsbarkeit aufzuführen, das seit Begründung des Völkerbundes in Europa entstanden ist. Auch auf diesem Gebiet hat Deutschland sich durchaus nicht negativ verhalten, sondern praktisch mitgearbeitet und hat jetzt einen neuen Beweis seiner positiven Einstellung geliefert, indem es sich entschlossen hat, die fakultative Klausel zum Statut des Internationalen Gerichtshofes in ihrer Totalität anzunehmen. Jedes Völkerbundsmitglied hat also die Möglichkeit, durch Beitritt zu dieser fakultativen Klausel in ein schiedsgerichtliches Vertragsverhältnis zu Deutschland zu treten.

Für die Abrüstung, den dritten und vierten Punkt nach der wichtigsten Punkt der bekannten Trilogie ist dagegen bisher praktisch nichts erreicht. Auf diesen Punkt müssen wir daher unsere Bemühungen konzentrieren.

Einen weiteren Ausbau der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit haben wir aber in keiner Weise abgesehen. Wir sind durchaus bereit, in dem gleichen positiven Geiste diejenigen Gedanken, die in dem Resolutionsvorschlag von Paul-Boncour enthalten sind, zu diskutieren. Man darf sich aber nicht in Widerspruch setzen zu der Basis, auf welcher die Völkerbundversammlung des letzten Jahres eine Abrüstungskonferenz gewinnung hat. Es muß klar unterschieden werden zwischen 1. Abrüstung auf der Basis des hohen gegenwärtigen Standes der Sicherheit und 2. Förderung des Problems der Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit über den gegenwärtigen Stand hinaus. Wir können nicht mit der allgemeinen Abrüstungskonferenz

warten, bis wir eine absolute Sicherheit geschaffen haben, sonst würden sich beide Bestrebungen behindern und praktische Ergebnisse nicht zustande kommen. Abrüstung und Sicherheit müssen sich gegenseitig befördern, dürfen sich aber nicht gegenseitig behindern im Wege stehen. Im vorbereitenden Ausschuss sind wir uns auch heute darüber klar gewesen, daß es nicht Aufgabe dieses Ausschusses sein kann, zur Förderung der Sicherheit und zur Förderung der Schiedsgerichtsbarkeit anders als durch die Abrüstung beizutragen. Für die Lösung der Probleme von Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit an sich ist der vorbereitende Ausschuss nicht kompetent. Ich habe auch Bedenken, seinen 1925 festgesetzten Aufgabekreis zu erweitern und diesen durch Einbringung neuer Probleme zu verdoppeln. Dem vorbereitenden Ausschuss ist eine klar umrissene Aufgabe gestellt: festzustellen, welches Maß von Abrüstung auf der Grundlage der gegenwärtigen Sicherheitsverhältnisse möglich ist. Zur Bearbeitung der allgemeinen Sicherheitsfrage ist der vorbereitende Ausschuss aus demselben Grunde nicht geeignet, weil in ihm ebenso wie auch in der künftigen allgemeinen Abrüstungskonferenz bekanntlich Staaten vertreten sind und vertreten sein werden, die dem Völkerbunde nicht angehören. Diese Rücksichtnahme ist meines Erachtens geradezu ausschlaggebend.

Mein Vorschlag geht deswegen dahin, die diesjährige Versammlung solle in einer ersten Entschließung den vorbereitenden Abrüstungsausschuß einseitige Richtlinien für seine weitere und beschleunigte Arbeit auf der Basis der gegenwärtigen Sicherheitsverhältnisse geben, und in einer zweiten Entschließung, die eventuell in Zusammenarbeit mit dem Rechtsausschuß der Versammlung aufzustellen wäre, könnte dann die Auffassung der Versammlung ausformuliert werden über die Bedingungen, die ihr von verschiedenen Seiten, insbesondere von Holländischer, norwegischer, belgischer, französischer und schwedischer Seite gemacht worden sind und die darauf abzielen, über den heutigen Stand hinaus Wege zu suchen zur Förderung von Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit. Deutschland ist durchaus bereit, auf diesem Gebiete mitzuwirken und ist auch der Überzeugung, daß hier viel positive Arbeit geleistet werden kann. Ob die Förderung dieser Materie einem besonderen Ausschuss zu überweisen oder nach ihrem einzelnen Gesichtspunkt von verschiedenen Organen zu behandeln ist, kann meiner Ansicht nach dem Urteil und der Präferenz des Rates überlassen bleiben.

Was die zweite Resolution angeht, so möchte ich mir vorbehalten, formulierte Anträge zu stellen, sobald der Moment dazu gekommen ist.

Für die erste Resolution über die Abrüstung gestatte ich mir, den folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

„Im Hinblick auf die Entschließung der Völkerbundversammlung vom 24. September 1926, die folgendermaßen lautet:

„Befürwortet, daß, in kürzester Frist das Programm der Arbeiten abgeschlossen zu werden, an denen sie selbst durch ihre Entschließung vom 24. September 1926 die Initiative ergreifen hat, bittet die Völkerbundversammlung den Rat, den vorbereitenden Ausschuss aufzufordern, Maßnahmen zur Beschleunigung und Vollendung der technischen Arbeiten zu treffen, damit er in die Lage kommt, am Beginn des nächsten Jahres das Programm einer Konferenz zur Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen regionalen und allgemeinen Sicherheitsverhältnisse festzusetzen. Die Versammlung fordert den Rat auf, diese Abrüstungskonferenz vor der 8. ordentlichen Völkerbundversammlung zusammenzutreten zu lassen, außer im Falle materieller Unmöglichkeit.“

nimmt die Versammlung zu dem Bericht Kenntnis, der ihr vom Sekretariat unterbreitet worden ist, sowie von den ergänzenden Auskünften, die dem 8. Versammlungsausschuß von dem Präsidenten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses über dessen Arbeiten gegeben worden sind, dankt diesem Ausschuss für die Arbeit, die er im abgelaufenen Jahr geleistet hat und bittet den Rat, bei dem vorbereitenden Ausschuss auf eine Beschleunigung der Vollendung der technischen Arbeiten zu drängen, damit es dem Rat möglich wird, die Konferenz zur Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen vor der 8. ordentlichen Völkerbundversammlung einzuberufen.“

### Die ungarisch-rumänische Optantenfrage.

Die Genfer Auseinandersetzungen über den ungarisch-rumänischen Optantenstreit haben eine Bedeutung, die weit über das Gebiet dieser Affäre selbst hinausgeht. Die Entscheidung, über die man sich jetzt in Genf die Köpfe zerbricht, wird auch unter allen Umständen einen Präzedenzfall abgeben. Nämlich einen Beschluß des Völkerbundes darüber, ob eine Nation, der der Spruch eines Schiedsgerichts nicht paßt, sich diesem Urteil entziehen darf oder nicht. Mit anderen Worten gesagt, ob Schiedsprüche nur dann verpflichtend sein sollen, wenn sie für Nationen, die der Entente angehören, sich annehmen lassen.

Das vom Völkerbund eingesetzte rumänisch-ungarische Schiedsgericht hat sich ausdrücklich für seine Zuständigkeit zu der zur Schlichtung übertragene Frage ausgesprochen. Es hat somit also auch dem ungarischen Standpunkt Rechnung getragen, die rumänische Ansicht verneint. Das ist eine Beschleunigung des Schiedsgerichts, gegen die unsere Erwartung ein Appell an den Völkerbundrat nicht zulässig ist. Die Rechtskommission des Völkerbundes hat sich dennoch mit dieser Frage nochmals beschäftigt. Sie hat in ihrem Bericht drei Thesen aufgestellt, die unbedingt in das Wirkungsbereich des Schiedsgerichtes einzuwirken, somit also auch eine Vorwegnahme der abschließenden Urteilsfällung darstellen. Es ist nicht schwer zu erkennen, daß bei den Verhandlungen des Rechtsausschusses weniger die rein juristische Seite der Angelegenheit, als mehr die politische das tragende Moment gewesen ist.

Für Deutschland ist die Entscheidung über diese Frage deshalb schon von der größten prinzipiellen Bedeutung, als sie auch in das ureigene Interessengebiet deutscher Fragen eingreift. Ist es doch in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen, daß Regierungen, die aus Streitigkeiten mit Deutschland den Haager Schiedsgerichtshof anriefen, sich mit dem Urteil dieses Gerichtshofes nicht einverstanden erklärten, da der Spruch ihren Wünschen nicht Rechnung trug. Bisher fehlte vom Völkerbundrat aus die bindende Erklärung, ob Sprüche des Schiedsgerichtshofes unter allen Umständen verpflichtend zu sein haben oder nicht. Wenn man der Institution des Schiedsgerichtes überhaupt einen Sinn zusprechen will, so könnte unseres Erachtens der Völkerbund seine Entscheidung nicht anders fällen, als dahin, daß Urteilsfällungen eines Schiedsgerichtes unter allen Umständen bindend zu sein haben. Erfreulicherweise hat Reichsaußenminister Dr. Stresemann dieser Selbstverständlichkeit sehr scharf Ausdruck gegeben. Man darf gespannt sein, wie sich die Datten in Genf nunmehr aus der Affäre zu ziehen gestalten.

### Vertagung

### der ungarisch-rumänischen Streitfrage.

Genf, Gekern nachmittag 16.30 Uhr fiel nach zweiwöchigen Verhandlungen im Völkerbundrat die Entscheidung im rumänisch-ungarischen Streitfall mit der Vertagung bis zur Dezembersession des Rates. Das ist in der Form geschehen, daß der Rat einstimmig, jedoch mit Stimmenthaltung der beiden Parteien, den ersten Teil des Vorschlages des Dreierkomitees mit einer Erklärung der Präsidenten Billages angenommen hat, die diesem Teil den Charakter einer Empfehlung an die beiden streitenden Parteien verleiht.

Zu Beginn der Nachmittagsession machte Graf Apponyi zunächst einige Einwendungen gegen die von Chamberlain erhobenen Vorwürfe in Bezug auf eine allzu große Intransigenz Ungarns: Schon der Vorschlag eines Anrufes des Haager Internationalen Gerichtshofes stellt einen Verzicht Ungarns auf einen Teil seines Erfolges bei dem Schiedsgericht dar, und überdies handelt es sich um Interesse und im Namen der Zivilisierten, habe also keine volle Freiheit. Er betonte, daß er auf seine Verantwortung weitgehende materielle Konzessionen an Rumänien in Aussicht gestellt habe, sofern der juristische Grundlag gewahrt werde.

In längeren Ausführungen legte hierauf Dr. Stresemann noch einmal seinen Standpunkt zu dem Streitfall dar. Er wies zunächst auf seinen bereits am Sonnabend eingebrachten Antrag hin, den Bericht des Ratkomitees, soweit er sich auf die rechtlichen Empfehlungen beziehe, als Basis anzunehmen, auf der sich die Parteien zur vergleichsweise Regelung des Falles zusammenfinden könnten. Da gegenwärtig ein Definitivum nicht zu erreichen sei, müsse den beiden Parteien Gelegenheit gegeben werden, das Gutachten ihrer Regierungen zur Stellungnahme zu übermitteln, damit der Rat dann im Dezember zu einer endgültigen Stellungnahme gelangen könne. Dr. Stresemann wies sodann darauf hin, daß die Empfehlungen des Ratkomitees der Kritik der Öffentlichkeit übergeben werden müßten, wenn die rechtlichen Argumente des Gutachtens der öffentlichen Kritik nicht handhalten würden, so würde dies zweifellos zum Ausdruck gelangen und nicht ohne Einfluß auf die Entscheidung des Rates bleiben können.

Dr. Stresemann hob sodann hervor, daß die Bemühungen des Rates nur auf eine Einigung der Parteien abzielen. Es würde nunmehr an den Parteien sein, bis zur Dezembersession des Rates ihre endgültige Stellungnahme auf der Basis des Gutachtens des Ratkomitees dem Rat bekannt zu geben.

### Stresemanns Rückkehr aus Genf.

Berlin. (Funkpruch.) Ueber die Rückkehr der Genfer Delegationen ist, wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, eine definitive Entscheidung noch nicht getroffen. Es wird aber damit gerechnet, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann bis Ende der Woche wieder in Berlin ist.